

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Nr. 98/2000

Kiel, Mittwoch, 7. Juni 2000

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

In seinem Redebeitrag zu **TOP 13** (Fernbleiben vom Unterricht) sagte der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

Aus dem Film „Casablanca“ stammt die bekannte Formel „Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen“. Vor dieser Landtagsdebatte lief die Diskussion über das Thema „Fernbleiben vom Unterricht“ nach einem ähnlichen Schema ab:

Erste Szene:

Der Abgeordnete Jost de Jager holt seitens der CDU-Fraktion zu einem schulpolitischen Globalrundschatz gegen die Landesregierung aus.

Zweite Szene:

Auftritt des Herrn Staatssekretärs Stegner. Die Landesregierung antwortet durch ihren bildungspolitischen „Mann für's Grobe“: „Nur aufgeblasene Zahlen“ liefere die Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer aus Hannover.

Folglich ist die rot-grüne Schulwelt wieder in Ordnung, und die Regierung kann zur Tagesordnung übergehen, und zwar in der bewährten Arbeitsteilung: Frau Erdsiek-Rave ist für allfällige gute Nachrichten und schöne „Events“ zuständig, Herr Stegner für die Ablehnung oder hilfsweise für die Beschönigung der unangenehmen Dinge.

Während der Pause könnten die Herrschaften aus dem „Rucksack“ zur Erfrischung noch Rotkäppchensekt und grünen Wackelpudding reichen - dann wäre die landespolitische Kleinkunsthöhne fast perfekt.

Das ritualisierte Wechselspiel zwischen Schwarzmalerei und Schönfärberei führt in der Sache nicht weiter.

Leider hat sich Herr Kollege de Jager in seiner - wie ich meine, durchaus berechtigten - Auseinandersetzung mit der Pfeiffer-Studie zu der Behauptung verleiten lassen, die Hauptschulen seien in diesem Lande „zu unattraktiven Restschulen verkommen“.



Presseinformation

Dieses Pauschalurteil wird den Leistungen und Anstrengungen vieler Hauptschulen in Schleswig-Holstein nicht gerecht. Solche Allgemein-aussagen sind nicht hilfreich - in einer Zeit, in der es darum geht, Negativklischees über diese Schulart zu überwinden und positive Beispiele, die es ja zum Glück auch gibt, als Vorbilder in den Vordergrund zu stellen.

Im Übrigen gibt es m.E. in Schleswig-Holstein keine Schulart, die so unterschiedliche Bedingungen aufweist, wie dies bei den Hauptschulen der Fall ist. Auch das verbietet Pauschalurteile.

Auf der anderen Seite stinkt die regierungsamtliche Abwiegelei zum Himmel.

Es mag ja sein, dass die Pfeiffer-Studie methodische Mängel aufweist, zum Beispiel, wenn in ihr auch die Zahlen für entschuldigtes Fernbleiben - etwa wegen Krankheit - enthalten sind. Professor Pfeiffer hat selbst eingeräumt, dass ein entsprechender Anteil zwischen 3 und 4 Prozent in seinen Daten enthalten sei (DIE WELT, 12.04. 2000).

Gleichwohl bleibt aber das Faktum, dass seine bundesweite Untersuchung, die in acht Städten mit rund 18.000 Schülern durchgeführt worden ist, ein erhebliches Nord-Süd-Gefälle zutage gefördert hat.

Wenn bei einer Studie, die überall nach der gleichen - vielleicht ja durchaus mit Ungenauigkeiten behafteten - Methode erarbeitet worden ist, speziell in Kiel, Hamburg und Hannover extrem hohe Abwesenheitswerte festgestellt werden, dann ist das jedenfalls kein Meisterbrief für die heile rot-grüne Schulwelt im hohen Norden.

Folglich gibt es gute Gründe dafür, sich mit dem Problem „Fernbleiben vom Unterricht“ auseinander zu setzen. Übrigens sagt auch die Landesvorsitzende der GEW, es handele sich dabei um ein „ernsthaftes und nicht zu leugnendes Problem“ (NORDERSTEDTER ZEITUNG, 26. Mai 2000).

Die F.D.P.-Fraktion ist der Ansicht, dass die Auseinandersetzung mit diesem Problem zunächst im zuständigen Landtagsausschuss erfolgen sollte, und zwar an Hand der Pfeiffer-Studie und der allfällig dazu seitens des Kultusministeriums beizusteuernenden Daten und Einsichten.

Daraus sollten dann Schlussfolgerungen abgeleitet werden, wie man das Problem des „Schuleschwänzens“ besser in den Griff bekommen kann, zum Beispiel durch verbesserte Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe.

Ritualisierte Formen des politischen Schlagabtausches führen dabei zu rein gar nichts - außer des Verbrauches von Druckerschwärze und Papier.

Deshalb ist es erfreulich, dass am Ende doch noch ein gemeinsamer Berichtsantrag aller Fraktionen zustande gekommen ist.“